

Der Kita-Notstand muss schleunigst behoben werden

Die familienpolitischen Realitäten drängen zahlreiche Frauen ins Kinderzimmer und an den Herd. So kann es nicht weitergehen.

Ein Gedankenexperiment für alle berufstätigen Menschen: Stellen Sie sich vor, man würde Ihren Lohn halbieren. Würden Sie weiterarbeiten? Und wie sähe es aus, wenn man Ihnen das Einkommen komplett streichen würde oder Sie fürs Erledigen Ihrer Arbeit sogar noch draufzahlen müssten? Würden Sie Ihren Job behalten?

Spätestens beim letzten zweifelhaften Angebot würden wohl auch die Fleissigsten irritiert ablehnen. Doch was absurd klingt, ist heute eine reale Frage, mit der jedes Jahr zahlreiche junge Eltern – insbesondere Frauen – konfrontiert werden. Der Grund dafür sind die horrenden Kita-Preise in der Schweiz, die dafür sorgen, dass sich Lohnarbeit für viele nicht lohnt. Betreuungsangebote sind für viele Familien kaum bezahlbar, und wer sich einen Platz leisten kann, scheitert oft am knappen Angebot. Wir haben einen Kita-Notstand, der schleunigst behoben werden muss.

Die SP Schweiz hat deswegen letzte Woche gemeinsam mit anderen Organisationen ihre Kita-Initiative eingereicht, welche einen Ausbau der Kita-Plätze, erschwingliche Betreuungskosten und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kitas fordert.

Warum die Initiative überfällig ist, zeigen unzählige Studien: Laut einer OECD-Untersuchung frisst ein Vollzeit-Kita-Platz heute in der Schweiz im Schnitt mehr als ein Viertel des gesamten Familieneinkommens. Mit jedem weiteren Kind schnellt der Anteil weiter nach oben. Im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern befinden wir uns mit diesem Anteil abgeschlagen auf dem letzten Platz.

Das kommt nicht von ungefähr: Analog zu den hohen Kosten, die Familien privat berappen müssen, liegt das finanzielle Engagement des Staates bei der Kinderbetreuung nur in einem einzigen OECD-Land tiefer als bei uns. Während in den anderen untersuchten Ländern durchschnittlich 0,8 Prozent des BIP in die familienergänzende Betreuung investiert werden, liegt dieser Wert in unserem wohlhabenden Land bei bescheidenen und beschämenden 0,1 Prozent.

Die traurige, aber rationale ökonomische Konsequenz ist für viele Familien klar: Der Elternteil mit dem tieferen Einkommen – meist handelt es sich dabei um die Mutter – verzichtet auf Berufstätigkeit oder reduziert das Pensum nach der Geburt auch dann, wenn er eigentlich gern mehr Lohnarbeit leisten würde.

Die finanziellen Folgen für junge Frauen und die Auswirkungen auf ihre Familiengestaltung sind gravierend:

Während sich die Löhne von jungen Männern und Frauen zu Beginn ihrer Karriere vergleichbar entwickeln, sinkt das Einkommen der frischgebackenen Mütter mit der Geburt des ersten Kindes drastisch ab und bleibt langfristig fast 70 Prozent tiefer als jenes der Väter. Diese Lohnneinbusse bedeutet auch tiefere Renten und weniger ökonomische Unabhängigkeit im Fall einer Trennung.

Die familienpolitischen Realitäten in der Schweiz machen damit einen Grossteil der Bemühungen um Gleichstellung zunichte und drängen zahlreiche Frauen ins Kinderzimmer und an den Herd. So kann es nicht weitergehen.

Die Zahlen zeigen: Der Handlungsbedarf ist riesig, doch die Lösungen liegen auf dem Tisch.

Als wäre das noch nicht genug, verspielen wir mit der unzureichenden Kita-Finanzierung auch eine grosse Chance im Kampf gegen den grassierenden Fachkräftemangel, der zahlreiche Unternehmen vor Herausforderungen stellt. Eine Studie von Advance und McKinsey zeigt, dass das BIP um ganze sechs Prozent gesteigert werden könnte, wenn Frauen nach der Geburt ihres Kindes wieder im gleichen Umfang zur Berufstätigkeit zurückkehren würden. Dies verdeutlicht das grosse Arbeitskräftepotenzial. Selbst wenn sich nur ein Bruchteil der Frauen dafür entscheiden würde, könnten wir den Fachkräftemangel damit wirksam bekämpfen und auch die Steuereinnahmen langfristig bedeutend steigern.

Alle diese Zahlen zeigen: Der Handlungsbedarf ist riesig, doch die Lösungen liegen auf dem Tisch. In der Politik sind offensichtliche Win-win-Situationen selten, doch die Kita-Initiative der SP bietet genau das: Gleichstellung verlangt bezahlbare Kitas. Die finanzpolitische Vernunft verlangt bezahlbare Kitas.



Ronja Jansen
SP-Landrätin und
BaZ-Kolumnistin